

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 30.
Sprechstunden der Redaction
vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Die die Widmung eintragender
Leser macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Ricman, Unterstadtstr. 22.
Eduard Schöke, Rothbarrenstr. 18.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 320.

Donnerstag den 21. October 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16.200.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Fringerlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserate 50 Gr. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unferem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Reclamenpreis
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Bekanntmachung,

die diesjährige Volkszählung betr.

Als Vorbereitung für die am 1. December d. J. stattfindende allgemeine Volkszählung macht sich die Anstalt der Grundbesitzversteigerung notwendig. Dieselben werden durch legitimierte Boten unseres kaiserlichen Bureau in den nächsten Tagen an die hiesigen Grundbesitzer bezogen. Deren Stellvertreter ausgehändigt und acht Tage nach der Zufertigung wieder abgeholt werden. Wir veranlassen die hiesigen Grundbesitzer, diese Listen in der vorchriftsmäßigen Weise und binnen der genannten Frist auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten. Sämliche werden wir mit einer Geldstrafe bis zu 50 M. oder entsprechender Haft bestrafen. Wir bemerken ausdrücklich, daß die durch diese Grundbesitzversteigerung erzielende Erhebung ebenso wie die am 1. December mittelst Hauszählunglisten und Wohnzählunglisten erzielende Erhebung weder Steuerzwecken noch polizeilichen, sondern ausschließlich statistischen Zwecken dient und daß deshalb auch etwaige bei dieser Gelegenheit zu unserer Kenntnis gelangende unterlassene Meldungen u. s. w. nicht zu Strafen Veranlassung geben werden. Für die mit der Volkszählung zusammenhängenden Arbeiten haben wir unserem kaiserlichen Bureau, welches mit der Ausföhrung der Zählung beauftragt ist, Diensträume im zweiten Stock des ehemaligen Reichshandelsgerichtsgebäudes, Hofmarkt Nr. 3, angewiesen.

Leipzig, den 20. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Doffe.

Deutschland und die tunesische Frage.

Der vor Kurzem gemeldete „Ausgleich“ zwischen Italien und Frankreich in der tunesischen Frage ist, wie sich jetzt herausstellt, nur eine oberflächliche Berührung der beiden Staaten, denn der eigentliche Grund des Conflictes ist noch keineswegs beseitigt, obwohl das französische Geschwader die tunesischen Gewässer bereits verlassen hat. Den Franzosen ist es um eine platonische Herrschaft zur See nicht allein zu thun. Wie bei der algerischen Colonie, bei Tunis und Tripolis handelt es sich um die kommerzielle und wirtschaftliche Ausbeutung der fast barren Länder, um die Einrichtung von Dampfschiffahrtslinien, um die Anlage von Eisenbahnen und Canälen, um die Ausnutzung von Mineralen, von Korallenriffen u. s. w. Die meisten Franzosen wissen neben der Befriedigung des Gloriedurstes sehr wohl zu rechnen, sie treten genau in die Fußstapfen der Engländer und suchen, dem Beispiel derselben folgend, ihren Nationalreichtum aus den verschiedensten Welttheilen ebenso zu heben, wie es vor 10 Jahren nach dem Kriege durch die großartigen Anstrengungen der heimisch-französischen Industrie und Landwirtschaft geschehen ist.

Einen sehr interessanten Hinweis auf die Rolle, welche das Deutsche Reich in der tunesischen Angelegenheit sich zu spielen ansieht, finden wir in einer diplomatischen Correspondenz der „Allgemeinen Zeitung“. Nach derselben schiene sich Deutschland in dem italienisch-französischen „Zwischenfall“, welcher in der That noch keineswegs sein Ende erreicht haben dürfte, durchaus nicht auf die Seite Italiens gestellt zu haben. Italien und die von Italienern gegründeten Gesellschaften in Tunis machten auf eine Unterstützung von Seiten Deutschlands gerechnet haben, aber man scheint in Berlin, bei früher Abwägung des für und Wider, das Fund Italiens als zu leicht gefunden zu haben. Auch eine in den letzten Tagen ergangene Mittheilung der „Gazzetta Piemontese“, daß Deutschland den Italienern Tunis und Tripolis gewissermaßen als Prämie für ihren Beitritt zum deutsch-österreichischen Bündniß angeboten habe, wird bei einem nüchternen Beurtheiler nicht verfangen. Gerade in der tunesischen Frage hat Deutschland Gelegenheit, den Franzosen zu beweisen, wie sehr es ihm mit seiner Friedensliebe Frankreich gegenüber Ernst ist, und der Beweis wird Deutschland um so leichter fallen, als es kein Bedürfnis empfinden kann, in den schwebenden Vermittelungen materiellen Ursprungs zwischen den verschiedenen Mittelmeerstaaten vor der Zeit Partei zu ergreifen. Zudem ist es sehr frohlich, ob Deutschland Ursache hat, den italienischen Annahmen ein größeres Interesse entgegenzubringen als Frankreich.

Aus verschiedenen Aeußerungen in vorsichtig redigirten, vielleicht auch inspirirten Blättern Berlins und Deutschlands geht hervor, daß man maßgebenden Orts die Verhältnisse an der afrikanischen Küste nicht aus dem Auge gelassen hat und nicht zu unterschätzen gewillt ist. Ein überreifes Handeln oder unvorsichtiges Verhalten deutscherseits ist hier kaum zu besorgen. Es handelt sich offenbar in erster Linie um eine genaue Abwägung des Wertes einer italienischen Bundesgenossenschaft, und dabei kann man es dahin gestellt sein lassen, ob Italien sich um diese Bundesgenossenschaft in irgend einer Form demorden hat. Nur um den Werth der Bundesgenossenschaft handelt es sich und in diesem Punkt ist Meinung und Arbeit der Franzosen vielleicht von größter Wichtigkeit als die Meinung anderer Nationen, denn die Franzosen sind, nicht erst seit heute, am innigsten mit den Italienern verbunden.

Es geht schon aus der Unzufriedenheit der Italiener mit den vorliegenden Leistungen der französischen Republik hervor, daß sie sich nicht genug thun respectirt fühlen. In der That haben weder Greus noch Gambetta, noch hatte de Freycinet, noch hat Barthélemy Saint-Hilaire eine demer-

itenswerthe Zuneigung zu den hammerwandten Rivalen. Man hat in Paris sehr wohl erkannt, wie die Forderungen der Italiener bei jeder Tribulation der continentalen Verhältnisse sich bald hier bald dorthin wandten; bald hofften sie auf ein Stück von Südtirol, bald auf Triest, bald auf eine Einmischung in Bosnien oder Albanien, bald auf eine Regularisirung am Isonzo, und wenn aus dem Allen Nichts wurde, speculirten sie wieder auf Rijza, auf Malta, zuletzt auf Tunis — wo sie endlich mit den Franzosen härter zusammengekommen, als ihnen lieb sein mochte.

Dieses unruhige Tacten, Sondiren und Speculiren mag aber dem französischen Wesen keineswegs zuzugewandt. Auch der Franzose ist Geschäftsmann, aber er liebt die solide Arbeit und er kommt den einmal eingegangenen Verpflichtungen nach, mag es ihm auch noch so schwer werden. Das ist der solide Geschäftsgewiss, welcher Frankreich aus seiner Niederlage wieder empor gebracht hat. Die Italiener dagegen, die Jünger Machiavelli's, wollen weder eine wechselseitige Verpflichtung anerkennen, noch ein solides Gebahren in geschäftlichen oder politischen Verhandlungen. Genug, das Mißtrauen, die geschäftliche Eifersucht und gewis auch ein Gefühl des Unbehagens in Bezug auf die italienische Dankbarkeit sind es, welche die schroffe Haltung Frankreichs in der tunesischen Angelegenheit erklärlich machen.

England dürfte dieselbe Angelegenheit benutzen, um sich enger an Italien anzuschließen; denn es hat auf tunesischem Boden dieselbe Niederlage wie Italien erlitten und hat dort ähnliche, wenn auch nicht so weitgehende, Interessen zu verteidigen wie Italien. Ein Teil der englischen Presse, wie der „Spectator“, nimmt jetzt bereits Partei für Italien, während die französische Presse, wie die „Revue des deux Mondes“, einen überaus leidenschaftlichen Ton in der Sache gegen Italien anschlägt. An der „tunesischen Frage“ ist demnach deutlich genug zu erkennen, daß es mit der Freundschaft der sogenannten Westmächte nicht so weit her ist, und daß Deutschland und Oesterreich es hier keineswegs mit einer solid geschlossenen Gegnerschaft zu thun haben. Vollzieht sich aber eine Annäherung Italiens an England, dann erscheint Frankreich um so vereinsamer, wenn es sich nicht bereit, einen lokalen Anschluß an die beiden europäischen Centralmächte, an Deutschland und Oesterreich, zu suchen.

Daß Fürst Bismarck ganz der Mann ist, um eine solche Annäherung Frankreichs an das Deutsche Reich zu unterstützen, das hat auch in diesen Tagen wieder seine Haltung in der albanischen Frage bewiesen. Nur den vereinten Anstrengungen des deutschen und des französischen Botschafters in Konstantinopel ist es gelungen, die Porte nachzugeben. Jedemfalls ist die tunesische Angelegenheit dazu angethan, um ein immer freundschaftlicheres Verhältniß zwischen den beiden Mächten anzubahnen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. October.

Die von verschiedenen Seiten verbreitete Mittheilung, der deutsche Kronprinz werde den österreichischen Kaiser bei dessen Ankunft in Oesterreichisch-Schlesien in der Grenzstadt Troppau begrüßen, hat sich nicht bestätigt. Das Kronprinzliche Paar dürfte seinen Aufenthalt in Wiesbaden, der sofort nach dem Frankfurter Theatervereinigungsfeste beginnt und auf etwa 3 Wochen berechnet ist, schon aus Gesundheitsrücksichten nicht unterbrechen. Dagegen dürften sich sowohl der Kronprinz wie sein ältester Sohn Prinz Wilhelm im Februar zum Vermählungsfeste des Kronprinzen Rudolf nach Wien begeben, welchem Besuche, falls wirklich im März zu Kaisers Geburtstag die Hochzeit des Prinzen Wilhelm gefeiert wird, wahrscheinlich ein Gegenbesuch des Kronprinzen Rudolf zu diesem denkwürdigen Tage in der deutschen Hauptstadt folgen dürfte.

Auf dem nassauischen Parteitag der Fortschrittspartei zu Wiesbaden wurde u. a. auch über die Frage verhandelt, wie man sich zu den übrigen politischen Parteien bei den Reichstagswahlen zu stellen habe. Die fortschrittliche Parteileitung (d. h. wohl Herr Eugen Richter) behält sich die Billigung eines Candidaten auf seinen „wahrhaft liberalen“ Charakter hin vor, bevor sie ihren Gesinnungsgenossen gestattet, für denselben zu stimmen. In einer Resolution spricht sie von den von ihr aufgestellten oder anerkannten liberalen Candidaten. Daß zu den letzteren die Nationalliberalen unter keinen Umständen gehören, ging deutlich aus der Rede des Abg. Eugen Richter hervor und ist auch ziemlich selbstverständlich. Mehr Gunst erfreuen sich die Secessionisten und man konnte der Rede des fortschrittlichen Parteiführers entnehmen, daß mit diesen unter Umständen wohl Wahlcompromisse geschlossen werden dürften. Aber die Secessionisten werden zugleich ermahnt, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, wenn sie sich der fortschrittlichen Gunst erfreuen wollen. „Sie haben angefangen“, sagte Richter, „einen Boden zu betreten, auf dem wir immer gestanden haben. Wir erwarten aber, daß sie consequent sind und sich abwenden mit uns von Denjenigen, die auch heute noch nicht wissen, wohin sie sollen, die sich auch heute noch nicht von Demjenigen trennen wollen.“ Die Taktik der Fortschrittspartei bei den Wahlen geht dahin, überall, wo nicht von ihr attestirte liberale Candidaten aufgestellt werden, ihre eigenen Bewerber aufzustellen, auch wenn Aussichten auf Erfolg gar nicht vorhanden sind. Auch wir werden uns nach dieser Taktik zu richten haben. Den Ragen werden natürlich die gemeinsamen Gegner haben. Schon jetzt wird von Stimmungselanden constatirt, daß die fortschrittliche Wählerlei in Hamburg, die schon ein dortiges Mandat an die Socialdemokraten gebracht hat, bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich alle drei an diese Partei bringen wird.

Die Angelegenheit des Parlamentsgebäudes wird von den Berliner Blättern abermals in Erwägung gezogen. Im alten Reichstagsgebäude haben wiederum bauliche Veränderungen stattfinden müssen. Graf Armin v. Holtenburg beauftragte am Dienstag die fertig gestellten Arbeiten und sprach seine Befriedigung aus. Die Frage nach dem endlichen Neubau eines deutschen Parlamentshauses legt sich doch aber auch hierbei unwillkürlich Jedem auf die Lippen. Hoffentlich bringt die nächste Session endlich die Erwägung aus dem Gange und Wange in schwebender Pein. Es wird freilich selbst im günstigsten Falle — d. h. wenn der Parlamentebau 1881 beginnt und in fünf Jahren so beendet wird, daß das neue Haus bezogen werden kann — immer noch eine sehr erhebliche Summe in das alte, baufällige und viel zu enge provisorische Haus an der Leipzigerstraße hineingeführt werden müssen. Im Ganzen dürften sich die so verschiedenartigen Summen auf mehrere Millionen Mark berechnen, welche man erspart haben würde, wenn man, wie es sich gebührt und sehr wohl möglich war, im Jahre 1872 oder spätestens 1873 zu bauen angefangen hätte.

Von Cardinal Jacobini, dem nunmehr designirten päpstlichen Staatssecretair, erwartet man in vaticanischen Kreisen, daß er versuchen werde, seine Politik nach derjenigen Franzos's einzurichten. Daß sein Streben nach einer ähnlichen Richtung geht, hat sich mehrfach gezeigt, ob er dieselbe aber durchsetzen werde, und besonders, ob er die Thakraft haben werde, um den ihm entgegen wirkenden Kräften lange zu widerstehen, darüber läßt sich nach römischen Nachrichten noch nichts angeben. Seine Ernennung regt, wie zu erwarten war, das Gerüde an, es solle zu neuen Verhandlungen mit Deutschland geschritten werden. Das jetzt liegt dem nichts Positives zu Grunde, doch hat es eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Wiederaufnahme solcher Verhandlungen versucht werde. Dafür spricht die schon von früher bekannte Ansicht des Papstes, „daß man ja wieder anfangen kann.“

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist daselbst der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, z. Z. mit provisorischer Leitung des auswärtigen Amtes betraut, erkrankt erkrankt. Der Fürst, der bereits unwohl anlangte, leidet an einem gastrisch-nervösen Fieber, und man ist nicht ohne Besorgniß, daß die Krankheit einen typhösen Charakter annehmen möchte. Der Fürst hat um so mehr bedauert, durch Krankheit von der Theilnahme am Dombauungsfeste abgehalten zu sein, als er für dasselbe ein besonders lebhaftes Interesse an den Tag gelegt hat und an seiner Stelle erfolgreich bemüht war, das Zustandekommen des Festes zu ermöglichen.

Am 26. d. M. feiert der Generalfeldmarschall Graf v. Moltke seinen 80. Geburtstag und es werden ihm für diesen Tag von allen Seiten

Quationen vorbereitet. Es heißt, daß dem Generalfeldmarschall eine besondere Auszeichnung seitens des Kaisers bevorsteht.

Von der Marine wird gemeldet, daß die neu-erbauete Volldeckcorvette „Gneisenau“, Commandant Capitain zur See von Werner, jetzt von Danzig, wo sie vom Stapel lief, in Kiel eingetroffen ist; sie soll hier Probefahrten machen und dann in Reserve gestellt werden. Die Panzerjagatten „Preußen“, „Friedrich der Große“, „Sachsen“ und „Prinz Friedrich Carl“, welche das diesjährige Panzergeschwader bildeten, und die Schulschiffe „Kobler“, „Musquito“, „Niobe“, der Torpedodampfer „Zetphen“ und die vor Kurzem von ihrer zweijährigen Weltumsegelung zurückgekehrte Volldeckcorvette „Prinz Adalbert“ sind jetzt in der Abrüstung und Abtaktung begriffen und sollen in die Winterkassens gelegt werden. Die im Februar 1878 eingestellten Matrosen sind jetzt größtentheils zur Reserve entlassen worden. Die Panzercorvette „Hansa“, welche zwei Jahre an der Westküste von Südamerika stationirt war, wird in den nächsten Tagen in Kiel zurückerwartet.

Aus Berlin wird der „Schles. Presse“ geschrieben: „Jetzt, nachdem der bairische Gesandte Ruyhard definitiv abberufen und nach Petersburg versetzt worden ist, ersieht man erst den wahren Grund jener Scene, die ihm der Reichskanzler machte und die sein Hierbleiben als unmöglich erscheinen ließ. Wie einmüthig, hatte Eugen Richter in der Hamburger Jollastre gesagt, die Beeinträchtigung Hamburgs wäre nur der Anfang zur Verklammerung auch der anderen particularen verfassungsmäßigen Rechte. Demnach erscholl vom Bundesrathstische zu dieser Aeußerung Richter's ein lautes „Bravo“, das dem Gehege der Zähne des bairischen Gesandten entlockt war und sofort dem Reichskanzler übermittelte wurde. Hinc illae lacrymae.“ Hätte der bairische Gesandte sich im Reichstage wirklich zu einer Beschlüßföhrung hinreizen lassen, so wäre das längst anderweitig bekannt geworden.

Der Bundesrath wird, wie bereits erwähnt, heute Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten. Dieselbe wird vorzugsweise zur Revidirung der Ausschüsse und dergleichen dienen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Bewilligung von Privat-Transitlagern in Rotenburgsdorf und die Antwortener Hasenabgabe. Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse für das nächste Etatsjahr enthält eine Mehrforderung von 6900 Mark für einen neu zu bewohnenden Hilfsarbeiter in der Reichskasse.

Am Dienstag trat zu Pest die österreichische Delegation zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählte den Grafen Coronini zum Präsidenten. Derselbe gab in seiner Rede, mit welcher er das Präsidium übernahm, der Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Frieden erhalten sei, und betonte, daß das auswärtige Amt bisher stets sein Wort in die Waagschale des Friedens gelegt habe, welcher den Wünschen der Bevölkerung und dem geschichtlichen Verufe der Monarchie entspreche. — Graf Gaxtorff wurde zum Vicepräsidenten gewählt. — Seitens der Regierung wurden die gemeinsamen Vorlagen eingebracht.

Die Nachrichten aus Livadia über den Gesundheitszustand des Zaren lauten besorgniß-erregend. So viel ist jetzt sicher, daß es ein Schlaganfall gewesen, der den Kaiser Alexander befallen, und es scheint, daß sein Zustand große Schonung erfordert; unmittelbar gefährlich dürfte er jedoch nicht sein, weil von den Stoffen nach der Thronfolger nach Livadia, und auch Dieser später, als er anfangs wollte, abgereist ist — der Tag seiner Abreise ward aus mancherlei begründlichen Gründen geheim gehalten. Es kann sehr leicht sein, daß die Nervenerregung des Kaisers und der Zustand nach dem Schlaganfall eine längere oder längere Enthaltung von den Staatsgeschäften nöthig erscheinen lassen. Von einer Abdankung ward wohl früher zeitweilig vom Kaiser selbst gesprochen, aber seine Umgebung rieth ihm davon ab, und so dürfte auch jetzt nicht ernstlich an sie zu denken sein. Dagegen läge eine Wittregenschaft oder zeitweilige Regentenschaft des Thronfolgers nicht außerhalb der Möglichkeit.

Die Affaire Eissey ist das Tagesgespräch von ganz Frankreich. Daß die allem Anscheine nach berechtigten Angriffe gegen den ehemaligen Kriegsminister im Hinblick auf das Verhältniß, in welchem derselbe zu einer „Epionin“ stand, mit anderen Anschuldigungen vermischt werden, deren Spitze auch gegen Deutschland gerichtet ist, kann nicht überraschen, zumal derartige pilante „Entstellungen“ in Frankreich auch heute noch nicht ihre Wirkung verlieren. Eissey ist einstweilen zur Disposition gestellt und hat einen Tagesbefehl voll ständiger Entrüstung erlassen. General Farre hat aber das Entlassungsgesuch Derselben nicht angenommen